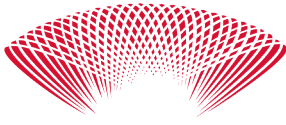


Empfehlungen des Fachforums Digitales an politische Entscheidungsträger für die 19. Legislaturperiode

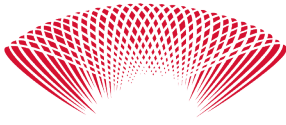
Angetrieben durch die Digitalisierung erleben wir einen radikalen technologischen Wandel, der alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft berührt, insbesondere auch unsere Wirtschaft. Die Digitalisierung von klassischer Industrie, Mittelstand und des Dienstleistungssektors sowie die Entstehung komplett neuer Geschäftsmodelle bietet erhebliche Chancen. Das Fachforum Digitales möchte mit den folgenden Anregungen und Empfehlungen seiner Mitglieder einen Beitrag zur sinnvollen Weiterentwicklung der digitalen Agenda im Rahmen der bevorstehenden Legislaturperiode leisten.

- Die Digitalisierung konfrontiert die deutsche Industrie – Großkonzerne und KMU gleichermaßen – mit einem massiven Veränderungsprozess. Künftig wird es nicht mehr genügen, Maschinen und Anlagen in Topqualität auszuliefern – es wird zusätzlich auf die Vernetzung der Maschinen ankommen, um neue Dienstleistungen und damit neue Wertschöpfung zu schaffen. Auf digitalen Plattformen werden intelligente Produkte mit Menschen, Dienstleistungen, Engineering- und Produktionsprozessen sowie Infrastrukturen verknüpft. Eine künftige Bundesregierung muss alle Wirtschaftsbereiche (sowohl im B2B-Bereich als auch im B2C-Bereich) und insbesondere die KMU beim Einstieg in die Plattformökonomie unterstützen.
- Der Hochlohn-Standort Deutschland steht in einem sich global verschärfenden Wettbewerb mit etablierten und aufstrebenden Industrienationen, von denen insbesondere die USA und China massiv in die Digitalisierung investieren. Digitalisierung erfordert daher auch hierzulande nachhaltige Investitionen, die in Form einer steuerlichen Forschungsförderung („Forschungsboni“) für alle Unternehmen umgesetzt werden sollen. Diese Fördermittel bedürfen einer konkreten Quantifizierung.
- Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels spielt das Thema „Life-Long Learning“ in der Digitalisierung eine wichtige Rolle. Um Digitalisierung in der Bildung und Ausbildung zu verankern, müssen digitale Technologien zum Pflichtcurriculum auf allen Stufen der schulischen, beruflichen und universitären Ausbildung gehören. Die neue Arbeitswelt 4.0 erfordert es zudem mehr denn je, die Beschäftigten in den Mittelpunkt zu stellen. Daher muss die betriebliche Weiterbildung von staatlicher Seite noch besser unterstützt werden. Die Weiterentwicklung der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung ist ein wichtiger Schritt. Darüber hinaus muss eine gezielte Einwanderungspolitik dabei helfen, dem Fachkräftemangel zu begegnen.
- Eine der größten Herausforderungen für die Schaffung digitaler und technologieorientierter Innovationen sowie zukunftsorientierter Geschäftsmodelle ist das Thema der Finanzierung. Gerade für kapitalintensive Folgefinanzierungen steht wachstumsträchtigen Start-ups und Unternehmen in Deutschland zu wenig Venture Capital zur Verfügung. Mit der Etablierung eines „Zukunftsfonds Deutschland“ sollte ein Dachfonds mit einem Anreizsystem zur Mobilisierung institutioneller Investoren für die Innovations- und Gründungsfinanzierung in Deutschland geschaffen werden. Zudem sollte der staatliche Zuschuss für Wagniskapital ausgebaut sowie das Steuerrecht attraktiver gestalten werden, so dass sich mehr Wagniskapitalgesellschaften in



Deutschland niederlassen und neben Business Angel-Investments auch Investitionen von Privatinvestoren in Venture Capital-Fonds gefördert werden.

- Ein funktionierender Breitbandanschluss ist wirtschaftliche Existenzsicherung, wichtiger Standortfaktor für Deutschland, Voraussetzung für den 5G-Ausbau sowie ein wesentlicher Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensqualität in den Regionen. Deutschland muss die modernste digitale Infrastruktur erhalten und die hierfür notwendigen Investitionen fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, muss vor allem der flächendeckende Glasfaserausbau beschleunigt werden. Breitbandinfrastrukturen müssen technologieoffen und als Gesamtlösungen für ganze Wohngebäude gefördert werden. Das Gefälle und damit die digitale Spaltung zwischen der Peripherie und den wachsenden Zentrumsmärkten beim Zugang zu schnellem Internet muss abgebaut werden.
- Ein erheblicher Wettbewerbsnachteil europäischer Digitalunternehmen ist der noch immer fragmentierte EU-Binnenmarkt. Dieser erschwert es den Unternehmen hierzulande, ihr Geschäft schnell zu skalieren. Zudem führt es zu unnötig hohen Regulierungskosten. Die Vollendung des EU-Binnenmarktes muss daher höchste Priorität haben. Darüber hinaus müssen sich die EU und Deutschland sehr viel entschiedener für einen fair ausgestalteten und auch gelebten Wettbewerb in Europa einsetzen, z.B. in Bezug auf die Steuerpolitik. Die vorhandenen Instrumente des Wettbewerbsrechts müssen dabei konsequent zur Anwendung gebracht werden, um bestehende ungleiche Wettbewerbsbedingungen zu beenden. Ziel ist es, in allen Bereichen ein Level-Playing-Field zu schaffen.
- Regulierungen per se sind nicht als negativ zu bewerten, da sie im Idealfall vertrauensbildende Maßnahmen für die Bürger sowie verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen darstellen. Die bisherige Interpretation der Begriffe „Datenschutz“ und „Datensicherheit“ birgt dennoch Potenzial, als Hürden wahrgenommen zu werden, die Innovationen in der Branche verhindern. Geschäftsmodelle im digitalen Zeitalter brauchen die Nutzung von Daten, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Politik muss daher klare Vorgaben für rechtssichere Datenschutzerklärungen liefern, die sowohl dem Datenschutzinteresse der Bürger entsprechen als auch die wirtschaftliche Verwendung der Daten ermöglichen. Das Modell der Datensparsamkeit ist in diesem Zusammenhang keine geeignete Methode. Die Kooperation zwischen Wirtschaft und Politik sollte in Hinblick auf Maßnahmen zum Daten- und Verbraucherschutz verstärkt werden. Dabei gilt es, die Unterschiede zwischen B2B und B2C zu beachten: Die Vertragsmöglichkeiten, Haftungsregelungen, Produktzyklen und Kundenbeziehungen sind im B2B-Segment anders als im B2C-Segment. Regulierungsinitiativen müssen diesen Kontext stets berücksichtigen. Der Gesetzgeber sollte bei den Vorgaben zur IT-Sicherheit maßvoll agieren und die Komplexität von Branchen und dem, was dort bereits zur Verbesserung von IT-Sicherheit geleistet wird, Rechnung tragen. Unternehmen müssen einen Einfluss darauf haben, was mit ihren Daten passiert, wenn sie IT-Risiken bzw. Störfälle an Behörden melden.
- Die Digitalisierung ist als Chance zu begreifen. Technische Neuerungen in der Digitalbranche, wie Künstliche Intelligenz, Big Data oder Blockchain, schaffen Wettbewerbspotentiale in Deutschland und müssen entsprechend gefördert werden. KI-Anwendungen sollten nicht durch vorschnelle und unverhältnismäßige Regulierung behindert werden. Darüber hinaus ermöglicht Big Data, Spielräume für verbesserten Kundennutzen und Kostensenkungen zu erschließen. Neue Formen individueller Preisbildung können dabei unter Beachtung der Datensouveränität



für die Kunden sinnvollen Mehrwert stiften. Chancen bei der Vernetzung und Auswertung großer Datenmengen müssen zum Wohl der Forschung und Entwicklung in Deutschland genutzt und gefördert werden.

- Die Digitalisierung betrifft alle Politikfelder. Die Politik muss einerseits dafür sorgen, dass jedes Ressort Wegbereiter für den digitalen Wandel ist und andererseits die Digitalpolitik als Querschnittsaufgabe verstanden und wirksamer gesteuert wird als zur Zeit durch drei federführende Bundesministerien. Querschnittsaufgaben müssen in der Bundesregierung zentral und verpflichtend koordiniert werden. Konkret zu denken wäre hierbei z.B. an ein Digitalkabinett, bestehend aus jeweils einem Staatssekretär jedes Ministeriums. Alternativ wäre eine Zentralstelle im Kanzleramt vorstellbar. Die im SPD Regierungsprogramm angestrebte Mobilitätsplattform ist bereits ein richtiger Ansatz, Digitalisierung mit der Mobilität in Stadt und Land zu vernetzen. Auch die Chancen des digitalen Zeitalters im Gesundheitsbereich zum Wohle einer besseren Patientenversorgung müssen genutzt werden. Wir setzen uns für den Einsatz der elektronischen Gesundheitskarte und die Schaffung einer digitalen Patientenakte ein. Die Telematikinfrastruktur sollte zeitnah weiterentwickelt werden, um Interoperabilität im gesamten Gesundheitswesen herzustellen. Der Bund, samt bewährter Normierungsinstitutionen, sollten dafür mehr Verantwortung übernehmen.
- Der Staat selbst muss sich als Wegbereiter des digitalen Wandels begreifen. Die öffentliche Verwaltung muss daher den Bürgern und Unternehmen seine Dienstleistungen so flexibel, zügig, nutzerorientiert und sicher wie möglich anbieten, wie es die Menschen von digitalen Dienstleistungskonzernen gewohnt sind. Der Staat sollte zudem in eigenen Digitallaboren testen, auf welche Weise neue Technologien wie Künstliche Intelligenz, Blockchain oder Robotics das Nutzererlebnis und die Effizienz der Verwaltung verbessern können.